

# Berliner Tageblatt



## und Handels-Zeitung

Wir unterstützen einseitig keine Meinungen  
Gegenüber der Redaktion keine Korrekturen

Verlag: Rudolf Müller in Berlin  
Druck und Verlag von Rudolf Müller in Berlin

### Die deutsche Antwortnote auf den Abstimmungs-vorschlag für Oberschlesien.

#### Der Wortlaut der Note.

(Mündlich) Berlin, 13. Dezember.

Die deutsche Regierung hat den Vorschlag, den ihr der britische Premierminister im Namen der britischen und der italienischen Regierung wegen der Abstimmung in Oberschlesien gemacht hat, einer eingehenden Prüfung unterzogen und beehrt sich darauf folgendes zu erwidern:

Der Friedensvertrag gibt Deutschland den Anspruch auf eine Gewähr, daß bei der Volksabstimmung in Oberschlesien der Wahlfall sich frei, unbeeinträchtigt und geheim vollzieht, und daß jede unethische, unbillige Behandlung der Eingewiesenen und der außerhalb Oberschlesiens wohnenden Stimmberechtigten von vornherein ausgeschlossen ist. Deren Anspruch kann nur durch volle Einheitlichkeit des Wahlergebnisses gemäß werden. Der Grundgedanke der Einheitlichkeit des Wahlergebnisses ist denn auch dem Orte wie der Zeit nach bei der Abstimmung in Schlesien sowie in Ost- und Westpreußen auf Grund der Artikel 95 und 109 des Friedensvertrages streng durchgesetzt worden. Diese Artikel bedeuten sich insoweit völlig mit den Bestimmungen des § 4 der Anlage zu Artikel 88. Der Vorschlagserwart hat überdies den Grundgedanke der Einheitlichkeit des Wahlergebnisses anlässlich der Ablehnung des Antrages, in Ostpreußen zwei getrennte Urnen aufzustellen, ausdrücklich als maßgebenden anerkannt. Ebenso geht aus der Note vom 30. November hervor, daß sich die britische, französische und italienische Regierung auf diesem durch den Friedensvertrag und seine bisherige Anwendung festgestellten grundsätzlichen Standpunkt bekennt.

Die deutsche Regierung erachtet gern an, daß der ihr gemachte Vorschlag von der wohlmeinenden Absicht aus-

geht, Unruhen zu verhüten, die bei Gelegenheit der Abstimmung eintreten könnten. Sie kann diese Absicht nur mit Genugtuung begrüßen. Sie weiß auch die große Verantwortung zu würdigen, die die drei Regierungen mit der Aufgabe übernommen haben, die freie, uneingeschränkte und geheime Stimmabgabe zu sichern und das ihnen Schicksal übertratte Oberschlesien in den Tagen der Abstimmung vor Gefahren zu schützen. Geleitet von dem Bestreben, den Wächern ihre Aufgaben zu erleichtern, ist die deutsche Regierung bereit, das in der Note vom 30. November aufgeworfene Problem einer erneuten sachlichen Prüfung zu unterziehen.

Die deutsche Regierung gestattet sich hierbei darauf hinzuweisen, daß der Vorschlag der Wächter großen technischen Schwierigkeiten in Bezug auf Transport, Unterbringung usw. begegnen müßte. Sie macht ferner darauf aufmerksam, daß nach Ziffer 6 der Note das Ergebnis der Volksabstimmung nicht „gekennzeichnet“ werden darf, bevor nicht alle von den eingewiesenen und auswärtigen Berechtigten abgegebenen Stimmen vereinigt worden sind. Es ist höchst zweifelhaft, ob dabei eine Differenzierung der Stimmberechtigten und eine Verlegung des Grundprinzips der Geheimhaltung völlig ausgeschlossen werden kann.

Die deutsche Regierung glaubt, daß sie durch eine mündliche Ausrufung am schnellsten die Möglichkeit erlangen würde, zu den in der Note aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. Sie beehrt sich demgemäß anzutragen, baldmöglichst eine Besprechung von Vertretern derjenigen Regierungen stattfinden zu lassen, von denen der Vorschlag ausgegangen, und an die er gerichtet ist. Die deutsche Regierung bittet den britischen Premierminister, diese Anregung auch an die französische und italienische Regierung weitergeben zu wollen.

aufgebaut. Er hat es erreicht, daß das Material sich besserte, der Betrieb wieder mit Zuverlässigkeit und Regelmäßigkeit vor sich ging. Der entscheidende Tag war vielleicht derjenige, an dem er, pessimistische Konfliktpropheten abweisend, die Eisenbahnvorflärten, in denen nicht gern gearbeitet wurde, schloß. Als die Eisenbahn wieder in Ordnung gekommen war, wovon das Werk fortführte, blieb Oeler im preussischen Arbeitsministerium, und mit seiner Energie und Umsicht hat er es, alle Hindernisse überwindend, durchgeführt, daß nur der Mittel-Lanzkanal gebaut werden wird. Welche Ehren hätte man unter dem alten Regime einem Minister erwiesen, der — in weit ruhigeren und sorgenschwereren Zeiten — diese hundertmal bereidete Aufgabe gelöst hätte, und welche Titel, Ordens und Abzeichen hätte man ihm aufgeschängt! Der Demokrat Oeler hat den Rang solcher Würdenwerte nie begriffen, aber die Demokratie darf zeigen, daß sie sich freut, ausgezeichnete Männer zu besitzen, und sie hat keine Veranlassung, ihre Richter unter den Scheffel zu stellen.

Im Auswärtigen Amt hat man in den letzten Tagen zu zwei Notizen verfaßt. Die eine, die Oberschlesien betrifft, wird heute in den Ententehauptstädten überreicht werden; die andere, die über die Ministerreise im Rheinland sich äußert und den empfangenen Verweis beantwortet, ist schon bekannt. Es ist wieder sehr angenehm, noch sehr nützlich, daß der Verkehr zwischen Berlin und den Alliierten sich fortgesetzt mit Hilfe von Notizen vollzieht. Die deutsche Regierung ist zu ihrer Freude, und die alliierten Regierungen sind es erst recht. Schließlich hat man doch Verständnis, durch die man wichtige Dinge mündlich vortragen lassen kann. Eine Note wirkt immer etwas festsittend, obwohl man an die Art von Konversation nachher gewöhnt ist, und vor allem macht sie, indem sie eine Fülle von Zeitungscommentaren hervorruft, die doch wenigstens manchmal erstrebte Verständigung schwer. Das ist zum Beispiel der Fall bei der Note, die in England, Frankreich und Italien vorliegt, die außerhalb der engeren Heimat wohnenden Oberschlesier sollten entweder an einem anderen Orte als die Anstalten abstimmen, oder sie sollten zur Abstimmung nicht nach Oberschlesien fahren, sondern nach Köln. Der erste dieser beiden Vorschläge mußte mit aller Entschiedenheit abgelehnt werden, und der zweite erregt Bedenken, deren Beseitigung, wie in der deutschen Antwortnote ganz richtig gesagt wird, sich nur in diplomatischen Unterhaltungen erreichen läßt. Es ist ja zweifellos falsch und ein politischer Fehler, wenn man es so darstellt, als hätten die drei Alliierten auch mit diesem zweiten Vorschlage eine einseitige und perfide Unterlegung der politischen Interessen bezweckt. Die Polen selbst protestieren gegen Köln, und das ist vermutlich nicht nur ein Kommodiprotest. Dennoch ist es nicht möglich, ohne weiteres ein „Reglement“ anzunehmen, das die auswärtig wohnenden Oberschlesier hindert, dort abzustimmen, wo sie geboren sind. Die Dinge läßen schon ganz anders aus, wenn man es jedem Oberschlesier überlassen wollte, entweder zum Heimateort oder nach Köln zu reisen, und das würde ja wahrscheinlich auch den Zutritt nach Oberschlesien sehr vermindern, dem die Entente mit soviel Sorge entgegensteht. Jedenfalls bietet die Kölner Idee einen Verhandlungsstoff. Aber müssen Notizen sein?

Das andere Schriftstück, das den deutschen Ministern bei Reisen im Rheinlande Schweigegepficht auferlegen oder doch nur Reden im Stile des Komplimentierbüchleins gestatten will, ruht nun schon im Hausen der historischen Manufaktur. Einige Zeitungen haben nachträglich ihren Tadel über die rheinischen Reden der Herren Frehenbach und Simons und überhaupt über alles was geschieht und nicht geschieht, ausgesprochen, aber auch die Ueberschleusen haben die Mumbinde für Minister abgelehnt. In nationalistischen Blättern Frankreichs und in englischen, die ihnen gleichen, wird Deutschland gefragt, was

es gesagt hätte, wenn nach 1870 französische Minister in das von deutschen Truppen besetzte rheinische Gebiet gereist und dort rednerisch aufgetreten wären wie jetzt im besetzten Rheinlande Frehenbach und Simons aufgetreten sind. Die Frage ist für uns nicht so peinlich, wie die nationalitäre Presse der Ententeländer zu glauben scheint. Während die französischen Departements besetzt waren, hat in der Tat weder Thiers noch ein französischer Minister des Auswärtigen eine Reise dorthin unternommen, und wir können auch nicht bestreiten, daß Bismarck, zum Unterschiede von dem verdächtigen Mantuffel, bei Zwischenfällen, die im besetzten Gebiete vorkamen, sich immer sehr schroff benahm. Bei einer solchen Gelegenheit — die französischen Besatzungen hatten wieder den Mörder eines deutschen Soldaten freigesprochen, worauf Bismarck eine mehr als rabiate Depesche an den Vorkämmerer v. Arnim schickte — schrieb ihm Herr de Régnault, der Minister des Auswärtigen: „Die fremde Okkupation ist eine dauernde Ursache von Missetaten und Repressalien ... eine solche Situation wird durch die Dauer nur noch aufwiesender und unerträglicher gemacht.“ Nun, die Okkupation der französischen Departements dauerte bis zum 1. Juli 1873, und Verbund, das als Pfand bis zur Auszahlung des letzten Milliardenbetrages diente, wurde am 13. September geräumt. Die Okkupation des Rheinlandes soll fünfzehn Jahre dauern, und das genügt bekanntlich manchen Franzosen noch nicht. Man braucht nur nebenbei zu erwägen, daß diese Besetzung uns in einem Jahre fünfzehn Milliarden Mark kostet, während damals die ganze Kriegsschuldigung fünf Milliarden Francs betrug. Sollen die deutschen Minister etwa fünfzehn Jahre lang von dem deutschen Rheinlande ferngehalten werden, und will man in den Ententeländern nicht die Wahrheit des Régnaultschen Wortes erkennen, daß eine Besetzung durch die Dauer immer aufwiesender und unerträglicher werden muß? Es mag zugegeben werden, daß die beiden Regierungskreisläufer einiges gesagt haben, was nicht sehr politisch und vielleicht nicht einmal ganz zutreffend war. Aber von diesen Einzelheiten abgesehen, ist zu bedenken, daß gerade der Minister eines besetzten Landes mit seinen Worten nicht immer nur auf einen Augenblick nützen hinführen darf. Er darf gewiß nicht ein sich etwa anspannendes Gewebe durch Unvorsichtigkeiten zerreißen, aber er hat auch die Pflicht, die großen Grundzüge zu betonen und darauf bedacht zu sein, daß seine Nation vor sich selber und vor der Welt als „moralische Figur“ dasteht, wie man in Frankreich zu sagen pflegt. Fünfzehnviertzig Jahre hindurch hat Frankreich den Vertrag verworfen und wie Niemand den Schmerz hinausgeschafft. Es hat von dem großen Vorrecht der Besetzten Sympathien zu erwerben, ruhelos und erfolglos Gebrauch gemacht. Wir sind natürlich nicht im Zweifel darüber, daß wir solchen Eindruck nicht nur durch die Worte erwerben können, die ein Minister auf der Rundfahrt spricht. Wenn Deutschland als „moralische Figur“ wirken soll, muß als das Unmoralische abgewaschen werden, das sich im Kriege angesammelt hat und leither nicht schlichter geworden ist. Um Achtung und Sympathie zu erwerben, brauchen wir vor allem auch eine feste und unwandelbar zur Republik haltende Demokratie. Eine, die nicht wie die nationalitäre Vordenker aus vorgewählter Brust ihre Phrasen hervorbringt, sondern in Arbeit und Ehrlichkeit steht, das ist der Vaterland liebt. Eine, die ebenso wie jedem rücksichtslos überbordendem, dem gewiß mit hoher Geschicklichkeit gepaart, aber in seiner allumspannenden Macht doch überderblichen Magnatengeist entgegentritt. Eine, die im Gegensatz zu den heutigen monarchischen Anschauungen — auch nicht dem König Krüfus dient,

T. W. Obgleich der Gedanke, die Deutsche demokratische Partei in die Arme Strejsemanns zu führen, Demokraten und Volksparteier in einem schönen Bunde zu vereinigen, nur in wenigen Köpfen gefestigt hat, ist doch der die Reich, den der demokratische Parteitag in Nürnberg durch solche Rechnungen gemacht hat, ein sehr erfreulicher Schritt. Wer sich lieber an den Dänen des Herrn Stinnes wärmen möchte, soll sich seinen Zwang auferlegen, und wenn es hinzieht, der siehe hin! Es ist durchaus nicht bedingungslos richtig, daß eine eng geschlossene, in Zielen und Ideen ganz einmütige kleine Partei einer umfangreicheren, ein wenig gemächteren, unter allen Umständen vorzuziehen sei. Solche Vorstellungen sind unendlich verlockend und sympathisch, aber in den reinen, streng unabhülten Temperamenten kann eine stille Gemeinde sich um eine neue Religion, um einen philosophischen Lehrer sammeln — die fruchtbarere politische Tat entzieht dort in schnell vorwärtsgehenden Zeiten nicht. Die Deutsche demokratische Partei vollbrachte in ihrer Geburtsstunde eine solche Tat, indem sie, vom alten Staatsystem sich lösend, gemeinsam mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum sich mitten in das wogende Chaos hineinsetzte, die Sicherung und den Ausbau der Republik übernahm. Cines Tages wird auch der blindeste Historiker begreifen, was das bedeutet hat. Die Lösung dieser Aufgabe war nur möglich, indem man die Türen öffnete und das Qualidit ungetrübter Einheitlichkeit nicht allzu fest umklammert hielt. Es war freilich auch nur möglich, indem man denjenigen Persönlichkeiten, deren Anwesenheit alles distanzierte und das Zusammengehen mit den Arbeiterkräften unendlich gemacht hätte, die Türen verschloß. Wenn man zu großen Parteibildungen gelangen will, werden Kompromisse immer unvermeidbar sein. Aber Leute, die bereit wären, alle unethischen Prinzipien aufzugeben, um sich völkerrätlich zu vernehmen, sollen uns nicht fügen, da sie ein Kompromiß, dessen Reich ist hier nicht vorhanden, zu welchen Gefahren es führen muß, daß die gesamte deutsche Wirklichkeit allmählich in die Hände einiger weniger Industriemagnaten gerät. Wollte man, statt diese nach außen hin durch national klingende Worte verschleierte Riesengestalten gefählich einzubannen, nun auch die Deutsche demokratische Partei in den Dienst dieser völkerrätlichen Riesenkräfte, dieser magnetischen Magnaten stellen? Die Deutsche demokratische Partei ist republikanisch und muß, wie das vorgelesen in Nürnberg durch Peter den Preuß, Kroll, durch alle Redner und besonders auch durch die Vertreter der Jugend gelehrt ist, die leiseste Zweibeitigkeit im Staatsbekenntnis nicht von sich weisen, und im Namen der Deutschen Volkspartei haben erst in der letzten Zeit wieder wertvolle Führer dem monarchischen Gedanken unumdeutbare Kreise gelöst. Sind das gleichgültige Formfragen, und hatten die Verfechter dieses vielleicht eine Partei monarchischer Republikaner oder republikanischer Monarchisten geplant? Als auf einem französischen Kasernenhofe der Unteroffizier sagte, daß zwischen Männern und Frauen ein kleiner Unterschied sei, daß eine populäre Anekdote erzählt, ein braver Soldat: „Vive la petite différence!“ Es lebe der kleine Unterschied! Diejenigen, die sich durchaus anlehnen wollen, fühlen sich offenbar schwach. Zu solchem Schwächegefühl liegt nicht die mindeste Veranlassung vor. Die Deutsche demokratische Partei ist, solange das Zentrum kein konfessionelles Gepräge behält, ganz unentbehrlich, weil es zwischen der Sozialdemokratie und der antirepublikanischen Rechten eine arbeitsfähige Partei geben muß. Und wenn es Seine auf die Demokraten herunterzulegen wollte, so würde die Partei als politischer Faktor hinterher wieder den Kopf heben und weiter lebendig sein. Wenn, die unsäglichen Wahlmacher, die schweren politischen Klänge, die Zeitungsaufkäufer, die Besorger der öffentlichen Meinung nicht recht. Diese Kampfmittel sind in der appetitlichen Gegenwart ohne Zweifel sehr wichtig, aber ebenso wichtig ist im Parteikampfe auch eine Schatzkammer voll Ideen, die nicht nur voll politischer Ideen, die feststehend nicht werden dürfen, sondern auch von Ideen zur Ausdehnung und zum wachsenden Erneuerung der Organisation. In dieser Beziehung wäre wohl noch einiges zu tun. Es ist beispielsweise mehr als fraglich, ob die Frau eine durch politische Vorträge und Werbegesprächen genügend an eine Partei geknüpft werden können, die nächsten auftritt, weder daß noch andere heisse Bemühterregungen ausführt, besonders in kleineren Städten von Schwachköpfen als nicht geschäftsfähig angesehen wird und niemanden Wunder verpricht. Die weissen Frauen — die politisch geknüpft bilden doch eine Ausnahme — sehen nur die Note und Sorgen des Tages, die unmittelbar an sie herantreten, und man muß, statt von den politischen Ursachen und wirtschaftlichen Wechselwirkungen zu sprechen, mit praktischer Hilfe ihnen näher kommen, wenn man sie interessieren will. Von den Quätern und Quäterinnen, die ja mit dem Übermaß in enger Berührung stehen, könnte man lernen, die gemeinschaftliches Streben organisiert werden muß. Und durch Hausfrauenverbände und ähnliche Einrichtungen könnte man vielerlei Erleichterungen schaffen, die Schwierigkeiten beseitigen, mit denen die Frau sich plagt. Eine Partei braucht Initiative, unabhällige Rührigkeit. Im Klugheit, Kenntnisse, Geist und Talent fehlt es in der Demokratischen Partei wahrhaftig nicht. Staatkundliche Genies haben sich in der demokratischen Welt nicht entwickelt, weil nur einem kleinen Kreise von Privilegierten — der gar nichts Verdientes erworbrachte — Gelegenheiten zur Entfaltung der Kräfte gegeben waren. Wir wissen auch, daß es nicht lauter Ueberzeugungsgründe, daß es sogenannten Parteigenossen gibt, die in Wahlversammlungen zusammenzutreten und kein Wort der Rede finden, wenn irgendein „Abot“ oder irgendein beliebiger Statist vor den Parteitag tritt. Demokraten brauchen Macht, aber auch die besten Parteien fößt es etwas an. Eine Verankerung wie die in Nürnberg vereinigt inemchin sehr viele Männer und Frauen von hohem geistigem Wert. Es mag gefast sein, einen einzelnen besonders zu nennen, der in ihm wie in Altkrumm Sitze war, einem Volke zu zeigen, es ihm mancherlei verdankt. Rudolf Oeler, der jetzt von einem Weierungsposten scheidet wird, hat zuerst, als preußischer Eisenbahnminister, den in den letzten Kriegsjahren und nach der Niederlage völlig zerrütteten Eisenbahnbetrieb wieder